

INHALT

1. Ermordung der Redakteure von „Charlie Hebdo“ erschüttert auch Schleswig-Holstein
2. Unternehmensverbände Nord attestieren Albig-Regierung miserable Halbzeit-Bilanz
3. CDU wirft Justizministerin schwere Fehler vor

09.01.2015

**Ermordung der Redakteure von „Charlie Hebdo“ erschüttert auch Schleswig-Holstein
Günther: Die Mörder wollen mit ihren Gewalttaten nur Hass und Angst schüren**



Fraktionschef und Oppositionsführer Daniel Günther

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, hat nach der Ermordung von zwölf Redakteuren der französischen Zeitschrift „Charlie Hebdo“ eine besonnene Reaktion der demokratischen Gesellschaften angemahnt.

„Ich bin entsetzt über diese Morde und trauere mit den Opfern, ihren Familien und der Redaktion“, erklärte Günther in Kiel.

Die Mörder wollten mit ihren Gewalttaten nur Hass und Angst schüren. Ihr Ziel sei die Beschneidung der Freiheitsrechte, ohne die unsere Demokratie nicht funktionieren würde. „Bei aller notwendigen Wachsamkeit darf die Antwort unserer Gesellschaft darauf deshalb jetzt nicht aus weniger Freiheit, einer Selbstbeschränkung von Meinungsäußerungen oder Angst und Hass bestehen - im Gegenteil“, so Günther.

Er sei deshalb beeindruckt von den Medien, die gerade jetzt die alten Karikaturen von Charlie

Hebdo verbreiteten und viele neue dazu. „Sie zeigen allen Extremisten, dass sie unsere Meinungsfreiheit mit ihren Attentaten nicht beschneiden werden“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende. Er freue sich über die klaren Aussagen von Muslimen, die unmissverständlich deutlich machten, dass diese durch nichts zu rechtfertigende Morde auch ihre eigene Religion beleidigten.

Die Ergebnisse jüngster Umfragen zeigten jedoch auch, wie viele Vorurteile in Integrationsfragen noch abgebaut werden müssten. Günther: „Dazu braucht es endlich auch die Bereitschaft zur offenen Debatte über bestehende Probleme bei der Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern. Wir erleben gerade in Schleswig-Holstein, dass auf sachliche Kritik an der Flüchtlingspolitik der Regierung sofort mit dem Vorwurf geantwortet wird, am rechten Rand zu fischen“. Diese Verweigerung einer konstruktiven Debatte sei Wasser auf die Mühlen extremer Kräfte.

Unternehmensverbände Nord attestieren Albig-Regierung miserable Halbzeit-Bilanz Wirtschaft wartet auf das erste mittelstandsfreundliche Gesetz von SPD, Grünen und SSW



Wirtschaftspolitiker Johannes Callsen

Beim diesjährigen Neujahrsempfang der Unternehmensverbände Nord (UV Nord) in Hamburg musste sich die schleswig-holsteinische Landesregierung einiges anhören. Trotz eines insgesamt guten Wirtschaftsjahres 2014, ging Präsident Uli Wachholtz mit der Küsten-Koalition unerbittlich ins Gericht.

Es gebe eine Reihe von belastenden Faktoren, sagte er in seiner Rede. SPD, Grüne und SSW hätten die Nord-Wirtschaft auf eine harte Bewährungsprobe gestellt. So kritisierte er, dass Schleswig-Holstein den bundesweit höchsten Mindestlohn von 9,18 Euro und die höchste Grunderwerbssteuer in einem Flächenland habe und es an einem Industriekonzept fehle. Die Sehnsucht nach dem ersten mittelstandsfreundlichen Gesetz, das den Kieler Landtag in dieser Legislaturperiode verlasse, wachse. „Den echten Norden hätten wir uns jedenfalls anders vorgestellt,“ so Wachholtz.

Ebenfalls belasteten der Ukraine-Konflikt, die ungelöste Finanz- und Staatsschuldenkrise, sowie fehlende Signale für mehr Wachstum und Beschäftigung von der Bundesregierung, die Unternehmen im Norden.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Johannes Callsen merkte an:

„Angesichts der bundesweit guten Konjunktur lief die Wirtschaft trotz der Albig-Regierung im vergangenen Jahr stabil. Umso schlimmer ist es, dass SPD, Grüne und SSW dem Mittelstand immer wieder Steine in den Weg legen. Das wird sich in der nächsten Abschwung noch bitter rächen.“

Link zur Pressemitteilung des UV Nord:

<http://www.uvnord.de/pressdienst/pr150108-Neujahrsempfang.pdf>

CDU wirft Justizministerin schwere Fehler vor

Nach Geiselnahme in JVA Lauerhof erfolgte keine unverzügliche Beweismittelsicherung

Justizministerin Anke Spoorendonk hat nach der Geiselnahme in der JVA Lübeck-Lauerhof am Heiligen Abend nach Ansicht der CDU-Fraktion schwere Fehler gemacht. Dort hatten vier Häftlinge einen Justizbeamten in ihre Gewalt gebracht und mit einem Messer bedroht. Zwei versuchten anschließend, mit ihrer Geisel zu fliehen. Weiteren JVA-Mitarbeitern gelang es, die beiden zu überwältigen. Spoorendonk berichtete in der Innen- und Rechtsausschusssitzung diese Woche, dass insgesamt drei JVA-Mitarbeiter nach wie vor dienstunfähig seien. Einer von ihnen erlitt einen Rippenbruch.

Die Ministerin selbst war erst 17 Stunden später von ihrem Staatssekretär informiert worden. Dieser hatte etwa zweieinhalb Stunden nach der Geiselnahme davon erfahren. Weder er selbst, noch die Leiterin der JVA hatten dafür gesorgt, dass unverzüglich Polizei und Staatsanwaltschaft informiert wurden.

CDU-Justizexpertin Barbara Ostmeier und der innenpolitische Sprecher Dr. Axel Bernstein bezeichneten dies als schweren und nicht nachvollziehbaren Fehler. Der Haupttäter habe sich beispielsweise erst wenige Tage zuvor geweigert, eine Urinprobe abzugeben und bei der Geiselnahme auffällig aggressiv verhalten. „Angesichts dieser Fakten stellt Spoorendonk sich hinter die Verteidigungslinie ihres Staatssekretärs, die Leitstelle der Polizei sei am Rande eines anderen Telefonates ja über eine erfolgreich beendete Geiselnahme informiert worden. Da kann man nur noch mit dem Kopf schütteln“, so Bernstein.

Immerhin habe der Staatssekretär im Fortgang der Diskussion selbst eingeräumt, dass die Strafverfolgungsbehörden besser unverzüglich eingeschaltet worden wären und eine entsprechende Regelung auf dem Erlasswege in Aussicht gestellt.

Ostmeier: „Jeder Bürger ruft bei einem Einbruch sofort die Polizei. Im Ministerium von Frau Spoorendonk kommt ohne eine entsprechende Dienstanweisung selbst bei einer Geiselnahme niemand darauf. Das ist traurig.“

Unverständnis zeigte die CDU-Abgeordnete auch darüber, dass Spoorendonk sich nicht unmittelbar informieren ließ: „Es gab eine Geiselnahme, drei ihrer Mitarbeiter waren dienstunfähig, davon erlitt einer einen Rippenbruch. Angesichts dieses Desinteresses der Ministerin muss sich über Missstände in der Justiz niemand wundern“, so Ostmeier.

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de